

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Hans Friedl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Christoph Skutella

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Patrick Friedl

Abg. Alexander Flierl

Staatsminister Thorsten Glauber

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

"Bayerns Reichtum schützen - Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten erhalten"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen; ich weise noch mal darauf hin. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. –

Damit beginnt die Aussprache. Als Erster hat Ludwig Hartmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein reiches Land; vor allem hat es einen gewaltigen Reichtum an Tier- und Pflanzenarten. Um es mal in einer Größenordnung zu sehen: In Bayern gibt es 80.000 Tier- und Pflanzenarten. Aber aus diesem Reichtum erwächst auch die Verantwortung, die Tier- und Pflanzenarten in Bayern zu schützen und ihnen ausreichend Lebensraum zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die vielen Tier- und Pflanzenarten gehören zu Bayern wie die Berge, die Seen und die Flüsse. Aber wir erleben in den letzten Jahren durch eine Agrarpolitik, die auf das falsche Gleis gesetzt worden ist, einen Artenschwund, wie wir ihn in diesem Land noch nie erlebt haben. Ungefähr 40.000 Tier- und Pflanzenarten sind in Bayern in ihrem Bestand bedroht oder vom Aussterben bedroht: Schmetterlinge, Wildbienen, Feldhamster, der Igel, viele Wiesenbrüter, Heuschrecken und ehemalige Allerweltsvogelarten wie Feldlerche, Kiebitz, Rebhuhn und viele mehr sind akut vom Aussterben bedroht.

Ich möchte mal auf das Rebhuhn eingehen. Viele ältere Kolleginnen und Kollegen kennen es noch gut.

(Allgemeine Unruhe)

– Wenn ich um etwas Ruhe bitten dürfte! Ich glaube, das Thema betrifft uns alle. Wir sollten gegen diesen Artenschwund in Bayern etwas unternehmen. Mit Weghören wird nichts besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte kurz auf das Rebhuhn eingehen. Wir haben nach vorliegenden Zahlen in Bayern aktuell einen Bestand von 4.600 bis 8.000 Brutpaaren. Die Jäger unter Ihnen wissen vielleicht noch: 1993/1994 war die Jagdstrecke 10.000 Rebhühner. Da sieht man mal, was für einen gewaltigen Schwund wir in diesem Bereich haben. Es geht weiter: 43 % der heimischen Libellenarten stehen auf der Roten Liste. Fast 60 % der bayerischen Schmetterlingsarten sind vom Aussterben bedroht. 42 % der wildlebenden Säugetiere in Bayern sind akut gefährdet oder stehen auf der Roten Liste.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir erleben gerade das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier, und es findet hier in Bayern statt. Das heißt, wir brauchen eine grundlegend andere Politik. Ich möchte ganz kurz Zahlen des Landesamts für Umwelt aufrufen, einer staatlichen Behörde, die bereits 2014 davon gesprochen hat, dass in Bayern 5,7 % der Tierarten ausgestorben sind. Das sind 545 Tierarten. Sie sind bereits ausgestorben, weil diese Staatsregierung nicht in der Lage war, den Tieren angemessenen Lebensraum zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür gibt es weitere Beispiele. Ich möchte auf den 01.04.2008 eingehen – das war kein Aprilscherz: Damals hat das Kabinett die Bayerische Biodiversitätsstrategie auf den Weg gebracht. Da hat diese Staatsregierung – damals waren es CSU und FDP – beschlossen, die Anzahl der Tierarten, die auf der Roten Liste stehen, zu verringern.

Ihre Gefährdungssituation sollte sich um mindestens eine Stufe verbessern. Das war das Ziel der bayerischen Strategie. Eingetreten ist genau das Gegenteil: Die Roten Listen sind länger geworden, nicht kürzer. Ihre Politik hat hier versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch andere Programme. Das Wiesenbrüterprogramm gibt es seit fast 40 Jahren. Aber trotzdem muss man heute feststellen: Trotz dieses Programms konnte der Schwund der Wiesenbrüter nicht gestoppt werden; er geht weiter. Es gibt noch weitere Programme, zum Beispiel für Streuobstbäume, mit denen Sie gegensteuern wollen. Aber stellen Sie sich einmal vor: Wir haben in den letzten Jahren 100.000 Streuobstbäume in Bayern verloren. Da ist eine falsche Politik am Werk, bei der sich grundlegend etwas ändern muss.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, die zu Recht gerade diskutiert werden. Wir haben das Thema auch auf der Tagesordnung, weil gerade ein sehr erfolgreiches Volksbegehren in Bayern läuft, ein Volksbegehren, mit dem die Menschen in Bayern endlich die Notbremse ziehen wollen, um die Artenvielfalt in Bayern zu erhalten und dem Artensterben endlich ein Ende zu setzen.

Wir brauchen dringend einen größeren Anteil an Ökolandwirtschaft in Bayern: Konkret werden 30 % bis zum Jahr 2030 vom Volksbegehren genannt.

Wir brauchen Zusammenhänge, Biotopverbünde, sozusagen ein Schutznetz für die Artenvielfalt in ganz Bayern. Das erreichen wir nur mit verbindlichen Gewässerrandstreifen, die wir in ganz Bayern haben müssen, um so in Bayern endlich wieder Lebensräume für Igel, Feldhase und viele Vogelarten zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe CSU, Sie werden zurzeit nicht müde, auf Fototerminen von Ihren Erfolgen und Maßnahmen zu sprechen. Die FREIEN WÄHLER lasse ich mal außen vor, denn die Maßnahmen wurden meist schon deutlich früher beschlossen. Das war damals die

CSU-Alleinregierung. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, den Ökolandbau in Bayern voranzubringen und schreiben in Ihrem Werbeflyer auch wieder, Bayern sei Spitzenreiter beim Ökolandbau. Das ist nicht so. Wenn man nach der Fläche rechnet, ist Bayern gerade mal im Mittelfeld, auf Platz acht. Natürlich hat das größte Flächenland hektarmäßig den größten Anteil an der Landwirtschaft. Das ist aber keine Kunst, das ist eine Selbstverständlichkeit. Und das zeigt: Hier muss sich grundlegend etwas ändern. Nur mit der Reduzierung des Ackergifteinsatzes können wir etwas für die Artenvielfalt in Bayern tun und diese auch wieder zurückgewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte nicht alle Themen aufgreifen, aber auf einen Punkt, der auch vom Bauernverband immer wieder angesprochen wird, möchte ich kurz eingehen. Ich bin überzeugt, dass das Volksbegehren die 10-%-Hürde nehmen wird, weil das Thema den Menschen auf den Nägeln brennt. Sie wollen in diesem Bereich eine andere Politik, und sie haben den Glauben, dass die Staatsregierung das Thema zum Guten wenden wird, längst verloren. Sie nehmen das jetzt selber in die Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Volksbegehren werden unter anderem Uferrandstreifen gefordert, die dringend notwendig sind; ich habe das bereits angesprochen. Vollkommen verkehrt sind die Aussagen, die dazu gerade von der CSU, von einigen FREIEN WÄHLERN und vom Bauernverband in einer Art Dreierbündnis verbreitet werden. Wenn ich etwas gesetzlich vorschreibe, kann ich dennoch weiterhin noch etwas fördern. Das ist kein No-Go.

Wie ist es denn bei den Trinkwasserschutzgebieten? – Diese sind gesetzlich vorgegeben, und trotzdem gibt es weitere Ausgleichszahlungen, wenn man etwas mehr macht. Das heißt, das Volksbegehren wird im Falle seines Erfolgs mehr Geld für die Landwirte bedeuten und nicht weniger. Aber es muss auch mehr Naturschutz geben. Das ist ganz klar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um auf das zurückzukommen, mit dem ich angefangen habe: Wir leben in dem Bundesland, das die größte Artenvielfalt hat. Aber aus der größten Artenvielfalt erwächst doch auch eine Verantwortung, diese Artenvielfalt zu erhalten: für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder. Da muss sich grundlegend etwas ändern.

Aktuell haben sich – ich habe gestern die Zahlen bekommen – bereits fast eine halbe Million Menschen in den Rathäusern eingetragen. Diejenigen von Ihnen, die das nicht glauben können, können mal kurz ihr Smartphone zücken und auf die Webcam am Marienplatz gehen: Dort ist den ganzen Tag eine ganz lange Menschenschlange, in der Menschen bei jedem Wetter anstehen und 15 bis 20 Minuten warten, um sich einzutragen, weil sie die Hoffnung verloren haben, dass Sie das Thema endlich richtig angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen Ehrenamtlichen bedanken, die einen tollen Job machen und wirklich gerade dabei sind, die Umweltschutzpolitik in Bayern grundlegend zu ändern. Wenn das Volksbegehren erfolgreich ist und auch die nächste Hürde genommen wird, dann hätte Bayern das fortschrittlichste Naturschutzgesetz aller Bundesländer.

(Lachen und Kopfschütteln der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Darauf können wir dann richtig stolz sein. Für ein Land mit der größten Artenvielfalt ist es doch genau die richtige Antwort, ein Naturschutzgesetz zu haben, das dieser Gesamtverantwortung endlich gerecht wird, und nicht eine Politik, die sich in diesem Bereich zum verlängerten Arm der Lobby des Bauernverbandes macht; denn das ist falsch.

Wir brauchen eine Politik, die das Thema zusammen mit den Landwirten endlich ernst nimmt und zu einer Landwirtschaftspolitik kommt, die mit der Natur und nicht gegen

sie arbeitet. Nur so können wir die Artenvielfalt in Bayern retten. Das kommt den Landwirten, den Verbrauchern und den Naturschützern zugute. Und deshalb ist das genau der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hartmann, das muss ich jetzt sagen: So eine Punktlandung hat es wahrscheinlich selten gegeben, genau in der Zeit: 0,0. – Herr Kollege Beißwenger hat als Nächster das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Ich glaube, wir können doch sagen, dass uns hier im Parlament das Ziel eint, Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen bewahren zu wollen. Der Schutz der Natur und die Artenvielfalt sind für uns von besonderer Bedeutung. Aber wir wollen das gemeinsam mit den Menschen tun. Nur gemeinsam mit den Menschen können wir Erfolge im Artenschutz erzielen.

Die biologische Vielfalt geht zurück. Das ist unbestritten. Das trifft weltweit, europaweit, deutschlandweit und auch in Bayern zu. Auch bei uns – das belegen Rote Listen – nimmt zum Beispiel die heimische Insektenfauna und die Vogelpopulation ab. Eine Ursache dafür ist der tiefgreifende Landschafts- und Nutzungswandel. Wir leben in einem komplexen Ökosystem. Irgendwie hängt hier alles mit allem zusammen.

Deshalb unterstützen wir natürlich die von der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufene Naturoffensive Bayern. Diese stärkt und fördert in ganz Bayern Lebensräume, Artenreichtum und das Naturerlebnis. Mit der Verabschiedung des Programms "NaturVielfaltBayern – Biodiversitätsprogramm Bayern 2030" hat der Freistaat schon 2014 ein Zeichen für die verstärkte Umsetzung der Ziele der Bayerischen Biodiversitätsstrategie gesetzt.

In folgenden vier Kernbereichen werden in den nächsten Jahren die Aktivitäten verstärkt und neue Initiativen gestartet: beim Schutz der Arten- und Sortenvielfalt, beim

Erhalt der Vielfalt der Lebensräume, bei der Verbesserung des Biotopverbunds sowie beim Erleben und Erforschen der biologischen Vielfalt. Bis 2020 soll das Biotopnetz so vervollständigt sein, dass die biologische Vielfalt umfassend und dauerhaft erhalten werden kann. Moore werden renaturiert, Fließgewässer dynamisiert, und zudem soll die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen durch Siedlung und Verkehr deutlich verringert werden; vorhandene Flächen sollen auch recycelt werden.

Das bereits in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Söder angekündigte Bayerische Artenschutzzentrum befasst sich vertieft mit Biodiversitätsmonitoring und -management sowie mit der Verstärkung der digitalen Erfassung von Tieren und Pflanzen in Bayern. Zudem soll das Wissen über die Verbreitung und die Gefährdung der Insekten und Vögel in Bayern deutlich ausgebaut werden. Ebenso wird – das erachte ich für sehr wichtig – der Ausbildung und Förderung von sogenannten Artenkennern eine hohe Bedeutung eingeräumt, um bestehende Wissensdefizite zum Zustand unserer heimischen Natur aufzuarbeiten.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen EU-Agrarpolitik ab 2021 wird Bayern verstärkt auf die Berücksichtigung des Artenschutzes achten und den kooperativen Naturschutz mit Landwirten und Waldbesitzern wesentlich ausbauen. Die Land- und Forstwirtschaft darf nicht als Gegner, wie es gerade dargestellt wurde, sondern muss als Partner unserer Natur gesehen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ein starkes Vertragsnaturschutzprogramm und das deutschlandweit einzigartige Kulturlandschaftsprogramm, an dem aktuell fast jeder zweite bayerische Landwirt teilnimmt. Eine Million Hektar – das ist circa ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Bayern – steht unter Vertrag. Kein anderes Bundesland gibt so viel für Ausgleichsmaßnahmen aus wie Bayern.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Nach Vorgaben des Vertragsnaturschutzes werden aktuell bereits 95.000 Hektar extensiv bewirtschaftet. Dies entspricht einem Plus von 25 % gegenüber 2015. Bis 2030 soll diese Fläche verdoppelt werden. Mit dem Bundesprogramm "BioRegio Bayern 2020" ist Bayern bundesweit Spitzenreiter beim Ökolandbau.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Stimmt doch gar nicht! Platz 8 haben wir!)

Entsprechend dem Koalitionsvertrag wird Bayern den Ökolandbau kraftvoll ausbauen und seinen Anteil mittelfristig verdoppeln. Beim Gewässerschutz wurden umfangreiche Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel wurde im Rahmen des Wasserpakts die Zahl der Wasserberater verdoppelt, und die Initiative "Boden:ständig" wurde auf ganz Bayern ausgeweitet.

Arten – das will ich nur sagen – gehen aus unterschiedlichen Gründen zurück. Wir haben Artenschutzprogramme, die uns jetzt Probleme bereiten. Mit der Rückkehr des Kormorans gehen daraus resultierend manche Fischarten zurück. Wo der Otter vorkommt, kann es sein, dass die Bäche von Bachforellen flächendeckend sozusagen bereinigt werden. Dann gibt es aber auch keine Bachmuscheln mehr.

Der weltweite Warenverkehr hat Probleme gebracht. Vor gut 40 Jahren wurde auf diesem Weg die Varroamilbe in Deutschland eingeschleppt. Sie ist unstrittig der größte Feind der Honigbienen und der Imkerei. Jetzt sind wir auf einem guten Weg, dass auch der Kleine Borkenkäfer bald eingeschleppt wird. Auf alle diese neuen Arten hätten wir gerne verzichtet.

Wir alle sind doch gefragt, nicht nur die Landwirtschaft. Wir müssen bei den eigenen Lebensgewohnheiten anfangen. Muss es beim Einkaufen immer das billigste Angebot sein? Auch bei der Urlaubsplanung sind wir gefragt. Die Frau Kollegin tippt gerade, aber man muss nicht immer in den Urlaub fliegen und aus dem Plastikbecher Eis essen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Gartengestaltung sind wir gefragt. Blüht überhaupt noch etwas in den Gärten, oder sind sie nur noch Geröllwüsten? Ist es sinnvoll, dass man im Rasen Mähroboter herumfahren lässt, diese kleinen handlichen Dinger, die Tag und Nacht alles zusammenmähen, was kommt? Ich will nur betonen: Landwirte, Kommunen, Unternehmer und Privatleute, alle sind gefragt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist erschöpft.

Eric Beißwenger (CSU): Sofort! – Die Bayerische Staatsregierung setzt bei allen diesen Programmen und Initiativen im Zusammenspiel von Natur- und Umweltschutz mit Land- und Forstwirtschaft seit vielen Jahren auf Anreize und versucht, alle Beteiligten mit an Bord zu nehmen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Und trotzdem sterben die Arten aus!)

Ich behaupte nicht, dass die Landwirtschaft nicht ihren Teil dazu beitragen muss. So, wie Sie es darstellen, ist die Landwirtschaft aber alleine schuld. Das ist für Sie eine komfortable Möglichkeit, sich in eine Anklägerposition zu bringen, liebe "Grüninnen" und Grüne, und das akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes muss ich mich für meine Stimme entschuldigen; die ist meiner Erkältung geschuldet. Das Thema ist aber so wichtig, dass ich auch persönlich dazu sprechen möchte.

Artenschutz und Klimaschutz sind den FREIEN WÄHLERN besonders wichtig. Deswegen haben wir bereits im Koalitionsvertrag mit der CSU vereinbart, diese Ziele in der Bayerischen Verfassung zu verankern und diesen Zielen alle nachgelagerten Gesetze und Verordnungen anzupassen und sie entsprechend auf Vordermann zu bringen. Unsere Ziele gehen deutlich über das Ziel der Initiatoren des Volksbegehrens hinaus. Mit weniger geben wir uns nicht zufrieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben die Geschwindigkeit der Bayernkoalition schlichtweg verschlafen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir stehen nicht wie Ihre grünen Kollegen in Berlin monatelang auf dem Balkon und lassen uns filmen, während das ganze Land gelähmt ist. Nein, wir haben vom ersten Tag an zielorientiert gearbeitet.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Ja, bei den Flutpoldern!)

Wir sind nicht nach Kalifornien zum Eisessen geflogen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Anscheinend sind Sie mit der Maxime "Nicht reden, sondern handeln" schlichtweg überfordert, Herr Hartmann. Wir müssen neue Wege gehen und im Naturschutz ohne Scheuklappen denken. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert praxis- und alltagstaugliche Maßnahmen. Genau daran krankt es beim Volksbegehren "Artenvielfalt" mit dem reißerischen Slogan "Rettet die Bienen", Herr Hartmann.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Warum machen dann eure Leute mit?)

Wir wollen nicht nur mit dem Finger auf die vermeintlich bösen Landwirte zeigen. Wir wollen nach dem langjährigen Motto "Gemeinsam schaffen wir mehr" alle ins Boot

holen. Böse Zungen könnten behaupten, ÖDP und GRÜNE vergewaltigen das Thema Bienen im Vorfeld der Europawahl und schielen dabei womöglich auf ein besseres Wahlergebnis. Ich kann Ihnen nur sagen: FREIE WÄHLER und Landwirte denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie meinen, die Landwirte würden mehr als notwendig spritzen oder düngen, muss ich Ihnen zurufen: Einerseits haben Sie keine Ahnung von der fundierten Umweltausbildung unserer Landwirte,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wir haben davon Ahnung!)

andererseits vergessen Sie dabei, dass kein Landwirt auch nur ein Gramm von dem teuren Zeug mehr verteilt, als absolut notwendig ist. Landwirte können rechnen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dann ist das Spritzen zu billig!)

Das Volksbegehren ist einseitig, es spaltet, und in der Ausführung ist es mangelhaft. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele anführen. Das Erste ist die Mahd von innen nach außen. Hier springt das Volksbegehren zu kurz. Ist nur diese Maßnahme vorstellbar, um mahdbedingte Tierverluste zu verhindern? – Nein. Oder sollte es nur eine beispielhafte Ausführung sein mit dem Auftrag, das sinngemäß vor Ort zu ergänzen? In Zukunft wird es technische Lösungen geben. Wollen wir mit einem Gesetz die Zukunft verbauen?

Das zweite Beispiel ist das Walzen von Grünlandflächen nach dem 15. März. Vielleicht liegt da noch Schnee. Denken wir an die letzten Winter zurück, nicht an den Winter, den wir jetzt haben. In den Jahren davor ist der Winter im März erst richtig losgegangen. Dann kann man nicht walzen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Letztes Jahr hatten wir 30 Grad!)

Im März liegt oft noch Schnee, oder das Grünland ist noch zu nass. Danach darf man aber nicht mehr walzen. Ich frage Sie: Was machen wir mit gefrorenem Wurzelwerk und Steinen? Entweder trocknen weite Teile der Wiese aus, oder die Steine werden zusammen mit dem Heu von den Tieren gefressen, was zuweilen lebensbedrohliche Folgen hat. – Im Unterricht würde man von einer Themaverfehlung reden und sagen: Setzen, ungenügend!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie uns gemeinsam etwas für alle schaffen. Sonst bleibt uns FREIEN WÄHLERN, die sich immer für mehr aktive Bürgerbeteiligung einsetzen, leider nichts anderes übrig, als das aktuelle Volksbegehren abzulehnen. Gleichzeitig nützen wir unsere Position als Regierungspartei und haben unseren Umweltminister Thorsten Glauber bereits beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzubereiten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ich darf Sie auf die Zeit aufmerksam machen.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ja. – Wenn Sie die notwendigen Unterschriften zur Vorlage des Volksbegehrens sammeln, so handelt es sich aus meiner Sicht doch nur um einen Pyrrhussieg. Für uns gehören Artenvielfalt und Klimaschutz unmittelbar zusammen.

Sie werden in diesem Haus erleben, wie sich ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz mit praxis- und alltagstauglichen Lösungen in einer Novelle des Bayerischen Naturschutzgesetzes für die Artenvielfalt niederschlägt. Für die FREIEN WÄHLER ist Artenschutz und Klimaschutz eine Aufgabe, die von allen gelebt werden muss – von der kleinsten Kommune bis zu den Flächen des Freistaates, vor allem aber auch von den Bürgern unseres Landes.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt müssen wir ein bisschen abkürzen!

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Ich habe es gleich.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Sie sind schon eine Minute über der Zeit.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Jetzt müssen Sie bitte zum Ende kommen.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): So sollten private Steinvorgärten – das muss ich jetzt unbedingt noch sagen –

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Nein!

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): auch der Vergangenheit angehören.

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das machen wir dann bei der nächsten Debatte. Wir haben noch genügend Zeit.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Okay.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich bedanke mich. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! "Bayerns Reichtum schützen" – genau das Gegenteil erreichen Sie mit Ihrem Umweltaktivismus, und zwar bei Pflanze, Tier und Mensch. Das jüngste Beispiel ist das soeben gestartete Volksbegehren "Artenvielfalt – Rettet die Bienen".

Zwar begrüßen wir jedes basisdemokratische Bürgervotum, aber in diesem Fall werden die bedrohten Bienen von selbst ernannten Umweltrettern als politisches Instrument missbraucht.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Vor allem die GRÜNEN gefallen sich zunehmend in der Rolle als Insektenschutzpartei und versuchen, als Trittbrettfahrer aus dem ursprünglichen Projekt der ÖDP für sich Honig zu saugen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Bei diesem Volksbegehren geht es in Wirklichkeit nicht nur um den Schutz der Bienen, sondern um die Durchsetzung von weitgehenden Forderungen grüner Lobbyverbände und Politiker.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Es weist den falschen Weg, wenn man wirklich etwas für Blühflächen und für Artenvielfalt tun möchte; denn man müsste die Anbauflächen wieder für die Herstellung von Nahrungsmitteln und Tierfutter nutzen und nicht für eingeschleppte und monoton wachsende Energiepflanzen.

Es begann mit der ideologisch von den GRÜNEN vorbereiteten Energiewende, die man willfährig durch Union, SPD und FDP durchgesetzt hat. Sie – die Energiewende – ist eine Haupttriebfeder für den Insektenschwund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Es ist daher schon merkwürdig, dass die grünen Befürworter der Energiewende für biogene Kraftstoffe sich nun wundern, dass die Insektenvielfalt in der Agrarlandschaft zurückgeht. Im Zuge der Energiewende entstanden doch erst hoher Flächendruck, Intensivierung und sortenarme Felder.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Ja, so ist es, leider. – Nun versuchen die Verursacher, ihre eigenen Fehlgriffe zu korrigieren. Interessant!

Zu Recht stellen sich viele Bauern – da stimme ich Herrn Friedl zu – gegen Ihr Begehren; denn es honoriert Aktionen wie "Bayern blüht auf" oder die 100.000 Hektar ökologisch bewirtschafteter Flächen extensiven Grünlands nicht. Deshalb sagt die AfD dazu: Bauernschutz ist der beste Insektenschutz!

(Beifall bei der AfD)

Besser noch als bei Ihrem Volksbegehren könnte man einem Volksbegehren den Titel geben: "Rettet die Bauern!" – die sterben nämlich, wie Sie wissen, seit Jahrzehnten aus bzw. werden immer weniger. Stattdessen wollen Sie eine fleißige Berufsgruppe, die über 40 % unserer Staatsfläche bewirtschaftet, kalt enteignen. Wir fordern hingegen freiwillige Förderprogramme für Extensivgrünland und Blühwiesen statt Gesetzeszwang für bäuerliches Eigentum. Durch weitere Flächenstilllegungen würden nicht nur die Landwirte leiden, sondern auch wir Bürger müssten die steigenden Preise ihrer Produkte zahlen, genauso wie uns jenes Geld fehlt, das jedem von uns bereits durch die Energiewende in Form der Steuern und besonders des hohen Strompreises täglich abgenommen wird.

Den Ausdruck "anthropogener Klimawandel" hört man übrigens nicht einmal in Ihrem Begehren – welch Wunder! Ich weiß aber auch, warum.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

– Ja, hören Sie gut zu! – Jeder Erstsemesterstudent der Ökologie weiß, dass eine Klimaerwärmung mittelfristig zu höherem Insektenreichtum in Mitteleuropa führen würde. Weil die Insektenzahl aber offenbar nicht steigt, muss wohl irgendetwas in Ihrer Logik nicht stimmen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Entweder die anthropogene Klimaerwärmung stimmt nicht, oder die Artenverträglichkeit Ihrer Energiewende stimmt nicht.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Die Tiere, die Ihre Energiewende mit Raps- und Maismonokulturen bisher noch überleben konnten, landen übrigens immer häufiger in Ihren Windrädern und werden dort gehäckselt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN – Lachen bei den GRÜNEN)

– Da lachen Sie; ja, lachen Sie nur! – Jährlich sind das nicht nur 200.000 Fledermäuse und etwa genauso viele Vögel, sondern es sind noch viel mehr Insekten.

(Beifall bei der AfD)

Hier kann man sagen, die AfD ist die einzige Partei, die den Ausbau der Windkraft momentan ablehnt.

Viele von diesen FFH-Arten – das ist richtig – stehen auf der Roten Liste und sind gefährdet, wie etwa der Rotmilan oder unser Wappentier, der Seeadler. Auch wenn die GRÜNEN auf dem besten Weg sind, unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten zu dezimieren, werden wir uns dem entgegenstellen. Wie der englische Begriff "Nature Conservation" es schon ausdrückt, handelt es sich beim Naturschutz um ein Urthema der Konservativen, und diese findet man heutzutage in der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn von der SPD das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass unsere eigenen Lebensgrundlagen in Gefahr sind. Wir wissen, dass wir Menschen ein Massenaussterben wie kaum jemals zuvor in der Erdgeschichte ausgelöst haben.

(Zuruf von der AfD)

Der Papst hat dazu in seiner Enzyklika Laudato si' im Mai 2015 sehr deutliche Worte gefunden:

Jedes Jahr verschwinden Tausende Pflanzen- und Tierarten, die wir nicht mehr kennen können, die unsere Kinder nicht mehr sehen können, verloren für immer. Die weitaus größte Mehrheit stirbt aus Gründen aus, die mit irgendeinem menschlichen Tun zusammenhängen. [...] Dazu haben wir kein Recht.

(Zuruf: Genau!)

Auch in Bayern findet dieses Massenaussterben statt. Auch hier sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen, und alle bisherigen Maßnahmen haben wenig gebracht, sie haben den Trend nicht umgekehrt. Das CSU-Dogma der Freiwilligkeit ist deshalb falsch und gescheitert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das zeigen auch die Daten aus dem Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 der Staatsregierung.

Von den Tieren, Pflanzen und Pilzen, die für die Rote Liste [...] in Bayern [...] untersucht wurden, sind über 40 % bedroht [...] – trotz aller Schutzmaßnahmen.

Inzwischen sind Arten gefährdet, die früher überall zu finden waren, vom Feldhasen über den Laubfrosch bis hin zur Feldlerche, und nach diesen Daten der Staatsregierung haben wir bereits rund 6 % unserer Tierarten und ungefähr 3,5 % unserer Pflanzenarten verloren – ein Stück Bayern, das für immer verschwunden ist.

Inzwischen ist durch das Insektensterben klar geworden, dass die Situation sogar noch bedrohlicher ist. Forscher der Zoologischen Staatssammlung in München haben festgestellt, dass die Schmetterlingsbestände im Freistaat Bayern in den letzten 50 Jahren offenbar im Durchschnitt um 90 % eingebrochen sind. Die Folgen eines Insektenaussterbens wären verheerend; über drei Viertel aller Nutzpflanzen werden von Insekten bestäubt. Sterben Wildbienen, Hummeln und Schmetterlinge, fehlen die Bestäuber für Äpfel, für Kirschen, für Pflaumen oder für Tomaten. Sterben die Insekten, verhungern auch andere Tiere wie Fische, Vögel, Fledermäuse und sogar Igel.

Das zeigt, wie notwendig ein Politikwechsel ist. Das zeigt, wie notwendig das Volksbegehren ist, das die CSU und der Bayerische Bauernverband jetzt in trauter Einigkeit bekämpfen, obwohl Sie es eigentlich besser wissen sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

In der Antwort auf unsere Große Anfrage zum Zustand der Natur in Bayern von 2017 steht es: "Der Nutzungswandel in der Landwirtschaft" – hat die Staatsregierung geschrieben – "hat die Lebensgemeinschaften der offenen Kulturlandschaft verändert und an Arten und Individuen drastisch reduziert." Und weiter: Der Rückgang des überwiegenden Teils der gefährdeten Arten, der Rote-Liste-Arten, sei – Zitat – auf die intensive landwirtschaftliche Nutzung zurückzuführen. – Das ist Originalton Bayerische Staatsregierung. Versuchen Sie also nicht, die Menschen in die Irre zu führen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kein Wunder, dass es jetzt eine Bewegung von unten gibt, dass die Menschen zu Tausenden am Volksbegehren "Artenvielfalt" teilnehmen. Diese Menschen haben erkannt, dass die Entwicklung in die ganz falsche Richtung geht und dass auch in Bayern viel zu wenig passiert. Sie haben auch nicht vergessen, dass es der CSU-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt war, der die erneute Zulassung von Glyphosat ermöglicht hat. Kritisieren Sie also nicht das Volksbegehren, sondern fassen Sie sich endlich an die eigene Nase und handeln Sie!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eigentlich ist klar, was zu tun ist: Die Landwirtschaftspolitik muss neu ausgerichtet werden. Die Agrarförderung muss so umgebaut werden, dass sich Natur- und Artenschutz für die Bauern wirklich lohnen. Wir brauchen wesentlich mehr Naturschutzflächen in der Landwirtschaft. Wir müssen den Pestizideinsatz drastisch reduzieren. Wir müssen die Überdüngung stoppen und endlich auch in Bayern Gewässerrandstreifen gesetzlich und damit verbindlich einführen. Wir brauchen einen dritten Nationalpark und mehr Naturschutzgebiete und Biotope, die besser miteinander verbunden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Volksbegehren ist sicher nicht die einzige und alleinige Lösung. Manches muss dabei vielleicht ergänzt oder in der Praxis anders gemacht werden. Aber das Volksbegehren ist eine wichtige demokratische Initiative von unten, die CSU und FREIEN WÄHLERN hoffentlich Beine machen wird; denn die Politik in Bayern muss endlich anders und besser werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen von Brunn. – Ich erteile Herrn Christoph Skutella von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Aktuellen Stunde beschäftigen wir uns mit einem Thema, das spätestens seit dem in der letzten Woche gestarteten Volksbegehren in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Diese Diskussion ist notwendig und sinnvoll; denn es ist unbestritten, dass der Erhalt der Artenvielfalt in Flora und Fauna eine zentrale Aufgabe unserer Zeit ist.

Mit dem Schutz der Umwelt oder, wie die heutige Aktuelle Stunde titulierte wurde, "Bayerns Reichtum schützen" müssen wir unserer Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen und der Natur nachkommen, gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Aus unserer Sicht ist dies nicht nur eine zentrale bayerische Aufgabe, sondern das muss ein gesamtgesellschaftliches Ziel sein, über Ländergrenzen hinweg. Die Grenzen unseres Ökosystems enden nicht an der Landesgrenze. Sie müssen europäisch gedacht werden. Unser naturschöner Freistaat ist natürlich ein guter Ausgangspunkt für die Debatte und bietet Perspektiven, um eine Vorreiterrolle für den Artenschutz zu übernehmen. Dieses Ziel verfolgen sicherlich auch die Initiatoren und Sympathisanten des Volksbegehrens "Rettet die Bienen". Wer jedoch genau hinsieht, sieht, dass er an vielen Stellen eben nichts sieht.

Beginnen wir bei den konventionell arbeitenden Landwirten, die als identitätsstiftende Faktoren in Bayern für Arbeitsplätze sorgen und die Grundversorgung der Menschen sichern. Diese tragen jedoch scheinbar nicht zum Reichtum Bayerns bei, jedenfalls nicht zum Reichtum an Artenvielfalt, wenn man dem Volksbegehren Glauben schenkt. Ich möchte hier eine Lanze für die konventionelle Landwirtschaft brechen. Mehr als die Hälfte der bayerischen Landwirte, die auf herkömmliche Art und Weise arbeiten, sind schon jetzt freiwillig Teil des bayerischen Naturlandschaftsprogramms oder des Vertragsnaturschutzprogramms und leisten somit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt und zum Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zudem ist unbestritten, dass der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln in die Umwelt gerade durch die Landwirtschaft reduziert werden muss, vor allem in sensiblen Bereichen. Eine reine Verbotsstrategie ist jedoch nur einseitig gedacht. Im Zuge dessen muss auch die Erforschung und Erprobung neuer Pflanzenschutzmittel sowie die Einführung digitaler Mess- und Ausbringmethoden gefördert und zugelassen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen doch nicht nur alles verbieten, ohne Lösungsalternativen aufzuzeigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage mich außerdem, was wir mit dem Überangebot an ökologisch produzierten Lebensmitteln machen sollen, wenn wir, wie im Volksbegehren gefordert, rechtsverbindliche Bioland-Quoten einführen. Beispielsweise ist schon jetzt die Nachfrage nach Biomilch seitens der Molkereien gedeckt. Bereits unsere Kinder lernen in der Schule den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage. Als Liberaler muss ich Ihnen im Bayerischen Landtag doch nicht erklären, dass ein Überangebot zu einem Preisverfall führt und dass die Planwirtschaft noch nie funktioniert hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

Die konventionelle Landwirtschaft scheint für viele Menschen die einzige Stellschraube zu sein, wenn es um den Erhalt der Biodiversität geht. Andere Themen oder Zusammenhänge werden dabei leichtfertig außer Acht gelassen. Wir teilen diese einseitige Betrachtungsweise nicht und sehen den Naturschutz als gesamtheitliche Aufgabe vieler Akteure an. In diesem Zusammenhang müssen auch die bayerische Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft genannt werden, die neben der Landwirtschaft das Rückgrat der Biodiversität in Bayern bilden. Auch dort werden wertvolle Beiträge für den Artenschutz geleistet, die es weiter auszubauen gilt.

Die Bewahrung der Artenvielfalt verbinde ich aber auch mit der Anpassung des Populationsmanagements im Hinblick auf die Zuwanderung neuer Arten oder beispielsweise die Aufnahme großer Beutegreifer ins Jagdrecht, sofern dies erforderlich ist. Bayerns Reichtum besteht auch in der Flora und Fauna unter Wasser, in unseren Seen und Flüssen. Auch hier sehen wir die Notwendigkeit, konkret zu werden, zum Beispiel bei den Themen Hochwasserschutz, Schutz von Boden, Abschwemmung oder Sedi-
menteintrag. Hier helfen sowohl bauliche Maßnahmen als auch Maßnahmen, um den natürlichen Gewässerverlauf zu erhalten oder zu renaturieren. Wir stehen für eine Politik, die gemäß dem Verursacherprinzip die Verursacher von Umweltbelastungen in die Pflicht nimmt. Das sind, mit Verlaub, nicht nur unsere bayerischen Landwirte.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schutz unseres Naturreichtums betrifft uns alle, nicht nur in der Diskussion, sondern auch in den umzusetzenden Maßnahmen. Die Bewahrung der Biodiversität beginnt jeden Tag in Millionen von bayerischen Haushalten beim Bepflanzen von Blumenbeeten, beim Anlegen von Terrassen und Gärten, beim Aufstellen von Insektenhotels, bei der Wahl des Verkehrsmittels, bei der korrekten Trennung von Abfall und bei der Wahl der Lebensmittel. Wir sollten bei unseren Forderungen ganzheitlich, fair und realistisch sein. Nur so bleibt Bayerns Naturreichtum erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich gebe das Wort an Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion weiter.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Ich glaube, deutlich sagen zu können, dass sich Bayern seiner Verantwortung für den Erhalt seines Reichtums, der natürlichen Lebensgrundlagen, bewusst ist. Es ist an der Zeit, einmal genau hinzuschauen, was in Bayern tatsächlich geleistet wird, mit konkreten Zahlen und ohne Ideologie. Wir haben 2 Biosphärenreservate, 2 Nationalparke, 19 Naturparke, 62 Landschaftspflegeverbände – Tendenz steigend –, 369 BayernNetzNatur-Projekte, 587 Naturschutzgebiete, 758 NATURA-2000-Gebiete und 314.182 Hektar Ökolandfläche. Baden-Württemberg hat hier weniger als die Hälfte. Sie können dort gern zulegen.

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren viele Programme aufgelegt, die es vergleichbar in keinem anderen Bundesland gibt. Ich möchte hier ganz gezielt unser Kulturlandschaftsprogramm nennen. Es ist mit 280 Millionen Euro pro Jahr das größte Agrarumweltprogramm in Deutschland. Das soll uns erst einmal einer nachmachen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Anstatt Zwischenrufe zu machen, sollten Sie lieber gute Beispiele aufgreifen und abschreiben. – Allein unser Vertragsnaturschutzprogramm, das wir verdoppeln wollen, umfasst bereits jetzt 100.000 Hektar Fläche. Wir haben ein Aktionsprogramm Bayerische Artenvielfalt gestartet, das im Rahmen der Bayern Arche neue Impulse setzen und dadurch die öffentliche Wahrnehmung verbessern wird. Wir haben in der letzten Legislaturperiode einen Antrag der CSU-Fraktion verabschiedet, wonach vorhandene Studien aufgegriffen, zusammengetragen und ausgewertet werden sollen.

Aber der damalige bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber hat nicht gewartet. Er hat sofort gehandelt und hat den Blühpakt Bayern initiiert. Damit hat er alle Blühprojekte, die es in Bayern reichlich gibt, zusammengeführt, da die Menschen hier gemeinsam an einem Strang ziehen. Das ist ein Bündnis von Partnern, der Bevölkerung, von dir und mir, über die Wissenschaft, über Naturexperten bis hin zur Wirtschaft und zur Landwirtschaft. Im Blühpakt Bayern wird das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 noch einmal durch besondere Ziele und Maßnahmen mit Leben erfüllt. Ich nenne die landesweite Initiative "natürlich Bayern" mit den Landschaftspflegeverbänden. Bei dem neu ins Leben gerufenen Wettbewerb "Blühender Betrieb" machen die 2.300 Mitglieder des Umweltpakts Bayern auf Betriebsgeländen wunderbare Beispiele für jeden sichtbar.

Wir haben eine breite Informationskampagne gestartet, die auch für die Opposition ganz wichtig wäre. Das ist eine Informationskampagne zum Mitmachen für die Bevölkerung. Sie zielt auf eine bienen- und insektenfreundliche Umwelt auf Balkonen und in Gärten. Denn Artenschutz geht uns, die wir in Bayern leben, arbeiten und Urlaub machen, alle an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die zurzeit so viel gescholtene Land- und Forstwirtschaft leistet in dieser Hinsicht Wunderbares. Um einige Stichworte zu nennen: Wir haben zum Beispiel das Ver-

tragsnaturschutzprogramm Wald, die Waldumbauoffensive, Waldreservate, aber auch die Waldblühflächen.

Unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat sowohl mit Ämtern und Landesanstalten als auch gemeinsam mit Landwirten, Verbänden und Naturschutz-NGOs für 2019/20 das Jahr der Biodiversität ins Leben gerufen. Ich sage hier nur: Handeln statt heulen!

Ein besonderes Beispiel sind die 62 Landschaftspflegeverbände mit den Naturparks. Es war unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der hier durch die Förderung einen Akzent gesetzt hat. Wir schaffen hier in Bayern durch die Anlage von weiteren Streuobstwiesen, Hecken und Landschaftsstrukturelementen eine Vielfalt, die sich sehen lassen kann.

Das Stichwort "Wildlebensraumberatung" gibt es in keinem anderen Bundesland. Bayern geht hier mit Landwirten, Jägern, Jagdgenossen, Imkern und Gemeindevertretern gemeinsam vor, um Lebensräume für Wildtiere und Bienen zu verbessern. Hier sind auch die Gebietsbetreuer zu nennen. Auch der Bestand an Honigbienen, die gerade in aller Munde sind, wächst. Ich bin seit 2013 im Bayerischen Landtag. Seitdem haben wir deutlich mehr Bienenvölker. Ein Drittel aller Bienenvölker lebt in Bayern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Es geht auch um die Wildbienen! – Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind 241.000 Bienenvölker. Danke an unsere Imker!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind auch die 10.000 Bergbauernbetriebe zu nennen. Sie bewirtschaften 240.000 Hektar abwechslungsreiche und einmalige Kulturlandschaft.

Wir in Bayern folgen aber – das ist jetzt selbstkritisch angemerkt – zu wenig dem Rat: Tue Gutes, und sprich darüber! Die Staatsregierung hat ein vielfältiges und kohärentes

Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger auf verschiedenen Ebenen beteiligen können. Es geht nicht um: "Ich unterschreibe, und ihr tut was". Wir stehen für: "Wir tun etwas, und wir handeln gemeinsam".

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):

(Beitrag nicht autorisiert) Das hat nicht funktioniert!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin – –

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zukunft kann man nur gemeinsam gestalten und nicht verordnen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke der Frau Abgeordneten Schorer-Dremel. – Ich rufe von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Patrick Friedl auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder – schön, dass Sie da sind!

(Zuruf: Er ist immer da! – Heiterkeit)

Wir reden heute über Artenvielfalt. Sie sehen mich freudig hier – ein ganzes Haus voller Naturschützerinnen und Naturschützer!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Hier ist ein ganzes Parlament, das sich um die Artenvielfalt sorgt, das sich darüber kümmert, dass unsere Insekten sterben, das Angst hat, weil unsere Vögel verschwinden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Und ein paar wenige sind hier, die Unterschriften sammeln!)

– Ja, es gibt Leute, die Unterschriften sammeln. Es gibt aber auch Leute, die sich wirklich kümmern.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Richtig!)

Sie alle tun das, und ich schätze das wert. Es ist gut, dass Sie das tun. Aber schätzen Sie nicht gering, dass es draußen auch viele tun.

(Zuruf: Wir nicht!)

Die Menschen, die zum Unterschreiben gehen, die bewegt genauso wie Sie etwas. Es ist ein Jahr her. Vor einem Jahr haben Sie hier Zahlen bekommen. Ich weiß nicht, ob diejenigen, die schon da waren, sich daran erinnern. Sie haben gemeinsam Dringlichkeitsanträge gestellt. Das waren Dringlichkeitsanträge, weil Zahlen auf den Tisch kamen, denen zufolge die Insekten verschwinden. Sie haben die Bayerische Staatsregierung beauftragt – erinnern Sie sich an die Beauftragung? Sie haben gesagt, dass das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium mal Zahlen liefern und sagen sollen, was eigentlich los ist, was passiert und wo wir stehen.

Uns alle hier eint die Erkenntnis, dass wir uns mitten im Artenschwund befinden. Wir kennen auch die Ursachen dafür. Ich trage Ihnen die Ursachen, die Ihnen das bayerische Umweltministerium unter Marcel Huber vorgetragen hat, noch einmal kurz vor: der Strukturwandel der Kulturlandschaft, das heißt die Flurbereinigung mit ihren tiefen Gräben, die Stickstoffeinträge durch Düngung, das Verwenden von Pflanzenschutzmitteln, die fortgesetzte Inanspruchnahme von Flächen, die Versiegelung und der Flächenfraß, die Verschmutzung durch menschliches Wirtschaften und die künstliche Beleuchtung – endlich reden wir auch mal über Lichtverschmutzung und darüber, wie sich diese auf Insekten und Tiere auswirkt!

(Zurufe)

Auch das Mähen der Wiesen und die Auswirkungen des Klimawandels tragen zum Artenschwund bei. Der Klimawandel ist eine der größten Gefährdungen unserer Arten. Das alles ist unstreitig. Darüber haben wir Einigkeit.

Warum haben wir nicht ebenso große Einigkeit über den Handlungsbedarf? – Wir haben einen enormen Handlungsbedarf!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sie kommen heute hierher und sagen, dass ein "Weiter so" reicht. Es reiche die Freiwilligkeit. Sie sehen, was wir mit der Freiwilligkeit erreicht haben. Ich habe Ihnen jetzt all das vorgetragen. Ihre eigenen Ministerien sagen es Ihnen selbst: Wir sind mitten im Artenschwund. Ich erwarte dann, dass Sie so ernsthaft, wie Sie bei uns hinterfragen, ob es richtig ist, mit massiven gesetzlichen Maßnahmen vorzugehen, auch hinterfragen, ob diese Form der Freiwilligkeit, wie Sie sie bisher praktizieren, ausreicht, um den Artenschwund tatsächlich einzudämmen, ausreicht, um Artenschutz und den benötigten Naturschutz zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Beißwenger, Sie haben gesagt, es gehe nur mit den Menschen gemeinsam. Dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass nicht alle Menschen, von denen Sie hier in Bausch und Bogen reden, eine Unterschrift leisten. Täuschen Sie sich nicht!

(Eric Beißwenger (CSU): Ich habe gar nichts gesagt!)

– Das waren nicht Sie, sondern das war Ihre Kollegin Frau Schorer-Dremel, die das gesagt hat. Aber ich habe gedacht, Sie seien da einer Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann ja sein, dass das anders ist. Das freut mich. Wir sind in großer Sorge, und Sie tun auch eine ganze Menge.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann sagen Sie das mal!)

Die Menschen gehen nicht nur zum Unterschreiben. Da sind sehr viele Menschen mit dabei, die ihr ganzes Leben auf den Naturschutz ausrichten und ihr Leben bewusst in diesem Sinne führen. Das wird ihnen aber ganz schön schwer gemacht. Wir sind in der Verantwortung, die Strukturen und Grundlagen dafür zu schaffen, dass es den Menschen leichter fällt, Naturschutz, Umweltschutz und Klimaschutz unter einen Hut zu bringen – und trotzdem gut zu leben.

(Zuruf)

– Ja, wir müssen alle mitnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Weitere Zurufe)

Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Freiwilligkeit nicht reicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Aha!)

Wir brauchen auch Naturschutzvorgaben. Sie können trotz Naturschutzvorgaben die Freiwilligkeit problemlos erhalten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kennen Sie die Vorgaben für einen Naturschutzpark oder einen Nationalpark? Die sind ziemlich hoch!)

– Ja, ich kenne sie alle. Ich kenne auch alle Stellungnahmen dazu, jedenfalls fast alle. Ich habe so gut wie alles gelesen, was mir untergekommen ist. Ich sage Ihnen: Wir brauchen drastische Maßnahmen, aber nur dann, wenn es mit Unterstützung und Freiwilligkeit nicht gelingt. Wir brauchen erst einmal die Ziele. Diese Ziele müssen wir ins Gesetz schreiben. Wir brauchen folgende Instrumente: den Biotopverbund stärken, den Ökolandbau steigern, die Renaturierung und die Gewässerrandstreifen schützen,

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter – –

Patrick Friedl (GRÜNE): den Pestizideinsatz herunterfahren und die Lichtverschmutzung zurückdrängen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Naturschutz in die Verfassung aufnehmen!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte achten Sie auf die Redezeit.

Patrick Friedl (GRÜNE): Ich komme zum Ende. Retten wir gemeinsam die kleinbäuerliche Landwirtschaft, und retten wir die Bienen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Friedl. – Ich rufe den Abgeordneten Alexander Flierl von der CSU-Fraktion auf. Bitte, Herr Flierl.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat sind unsere bayerische Natur, unsere Kulturlandschaft, unsere schöne Landschaft, unsere Tier- und Pflanzenwelt ein Wert an sich und ein besonderer Schatz. Und in der Tat stehen wir auch vor großen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Artenschwund. Aber wir müssen hier über Lösungen diskutieren und Lösungen angehen und anpacken. Und hier vermisse ich die Ansätze der Opposition, die nämlich meint, nur mit Ideologie, mit Verboten, Restriktionen und Zwang vorgehen zu müssen, und die glaubt, mit einem Fingerschnippen, durch ein Gesetz, etwas für die Natur erreichen zu können. Ich sage: Das ist ein Irrglaube.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wollt ihr keine Gesetze mehr?)

Hier befindet sich die Opposition auf dem Holzweg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Käseglocken-Naturschutz wird uns hier nicht weiterhelfen. Unser Ansatz ist hier der richtige: dass wir in der Kooperation, im Miteinander, gemeinsam mit den Landnutzern unterstützend tätig werden und alle Beteiligten mitnehmen, ohne dabei Gruppen oder ganze Berufsstände auszugrenzen oder in Misskredit zu bringen. Das ist nicht unser Weg. Wir gehen andere Wege, die notwendig sind, um etwas für unsere Tier- und Pflanzenwelt zu erreichen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen hier tatsächlich keinen Vergleich zu scheuen. Wenn wir auf Bayern schauen, stellen wir fest, dass wir hier nach wie vor in der Landwirtschaft kleinere Einheiten haben, dass wir uns zur bäuerlichen Landwirtschaft bekennen. Das ist gut für unsere Landwirtschaft an sich, für unsere Betriebe, aber gerade auch für unsere Umwelt. – Wenn wir schon bei den Zahlen sind: Bayern ist das Ökoland Nummer eins.

(Widerspruch des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn ich allein die Anzahl der Höfe betrachte, stelle ich fest, dass 10 % der Höfe bei uns in Bayern ökologisch wirtschaften; in anderen Bundesländern sind es vielleicht gerade mal ein Drittel.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Genauso ist es bei der Zunahme der ökologischen Fläche. Ich glaube, hier setzen wir die Benchmark und nicht die anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Gehen wir weiter zu den extensiv bewirtschafteten Flächen, die auch für den Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt und der Biodiversität notwendig sind. Hier wird bereits ein Drittel extensiv, zurückhaltend bewirtschaftet. Dafür geben wir auch sehr viel Geld aus: mit unseren Agrarumweltmaßnahmen, mit den Vertragsnaturschutzprogrammen, bei denen wir die Menschen mitnehmen und sie damit überzeugen, dass aus dem Grund-

gedanken, etwas für die Natur, für die Umwelt zu tun, schonende Maßnahmen ergriffen werden, die etwas bringen.

Auch hier lohnt sich ein Blick auf die Zahlen. Als Rot-Grün noch in Nordrhein-Westfalen regierte, gab die Landesregierung gerade einmal 28 Euro pro Hektar aus. In Niedersachsen waren es sogar bloß 23 Euro. Ganz beschämend wird es in Schleswig-Holstein, wo Rot-Grün damals mit Herrn Habeck Verantwortung trug: gerade einmal 10 Euro.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir geben hier 80 Euro pro Hektar aus. Dies kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man erkennt hier ganz klar: Bayern braucht den Faktencheck nicht zu scheuen. Wie üblich ist die Leistungsbilanz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dort, wo sie in anderen Bundesländern Verantwortung tragen, überschaubar und kaum wahrnehmbar. Es gilt in Bayern wie auch in anderen Bundesländern bei den GRÜNEN: immer viel Gerede, viel heiße Luft, nichts dahinter. Das müssen wir ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir dagegen haben die Lebensräume, unsere Kulturlandschaft und die Arten, die dort leben, in ihrer Gesamtheit im Blick. Wir wollen weiter Naturschutz in die Fläche hinaustragen, zusammen mit den Landnutzern, mit unseren Landwirten, mit den Jägern, mit den Fischern, mit den Imkern, die übrigens auch im Parlament vertreten sind, aber überwiegend in der Mitte dieses Hauses und nicht links oder rechts in diesem Haus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden diesen Naturschutz weiter in die Fläche tragen, ohne Zwang, zusammen mit den Menschen; denn so werden wir am meisten erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei dem Abgeordneten Flierl für seinen Beitrag. – Der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Herr Thorsten Glauber, hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde ist ein Musterbeispiel für guten Parlamentarismus. Wir greifen die Debatte auf, die zurzeit an vielen Tischen zu Hause in den Familien geführt wird. Wir greifen die Debatte auf, die Jugendliche außerhalb von Europa und in Europa, auch in Deutschland, an unseren Schulen, führen: eine Debatte um die Zukunft, um Natur, Klima und Artenschutz.

Kolleginnen und Kollegen, 75 % weniger Insekten als vor 25 Jahren: Das Artensterben hat eine Dramatik erreicht, die mit dieser Zahl jedem, auch dem letzten Zweifler vor Augen geführt wird.

(Zustimmung bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir müssen etwas tun, und wir müssen deutlich mehr als bisher tun. Wir müssen schneller handeln. Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen Aufbruch in die Artenvielfalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir müssen Antworten geben auf die Herausforderungen unserer Zeit. Dabei stehen für mich drei Dinge fest:

Erstens. Wir brauchen eine Trendumkehr beim Artensterben, und zwar in dieser Legislaturperiode. Aus Roten Listen müssen positive Listen werden, und zwar in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU und der GRÜNEN)

Zweitens. Diese Antworten müssen umfassend sein. Kolleginnen und Kollegen, Schutz ist nicht delegierbar, nicht auf Ressorts, nicht auf staatliche Organisationen, nicht auf Kommunen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger. Ja, wir alle müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das betrifft auch uns, Kolleginnen und Kollegen, im bayerischen Parlament.

Drittens. Diese Antworten müssen integrieren und dürfen nicht spalten. Es kann nicht sein, dass wir eine gesellschaftliche Gruppe allein zur Verantwortung ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Landwirte bilden nur 2 % unserer Gesellschaft. Aber die Wucht und der Umfang des Artensterbens – da lohnt es sich, auch den Blick über die Landesgrenze hinaus zu wagen – machen nicht an Landesgrenzen halt. Wir alle stehen gemeinsam in der Pflicht.

Ich bedauere die Herangehensweise bei dem Volksbegehren, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte allein verantwortlich gemacht werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Stimmt doch gar nicht!)

Wir brauchen diese Gesellschaftsgruppe, die für den Artenschutz ganz wichtig ist, als Partner; denn sie leistet tagtäglich Wertvolles für die Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für mich als zuständigen Staatsminister, für die Staatsregierung gilt: Wir handeln mit und ohne Volksbegehren. Bis zum 13. Februar ist die Stunde des Souveräns. Bis dahin werden wir auch keine gesetzliche Veränderung vorschlagen. Aber ich möchte auf jeden Fall mit meinen Kolleginnen und Kollegen im bayerischen Kabinett Änderun-

gen im Bayerischen Naturschutzgesetz anstoßen. Eine substanzielle Änderung, einen großen Wurf wollen wir gemeinsam schaffen.

Wir haben im November einen Koalitionsvertrag geschlossen. Dieser Koalitionsvertrag zeigt unser Handeln. Kolleginnen und Kollegen, 180.000 Hektar Vertragsnaturschutz: Wir verdoppeln die Fläche. Wir verdoppeln sie in der Partnerschaft mit unseren Landschaftspflegeverbänden. In Zahlen gedacht: Eine Verdoppelung der vom Vertragsnaturschutz erfassten Fläche bedeutet, dass wir die Fläche der Städte München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Regensburg in den Vertragsnaturschutz aufnehmen. Das ist ein klares Bekenntnis zur Artenvielfalt und zur Biodiversität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen bis 2020 20 % ökologisch bewirtschaftete Flächen, Kolleginnen und Kollegen. Wir nehmen 10 % des Staatswaldes aus der Nutzung; wirklich 10 %, das werden wir Ihnen in der Koalition auch zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir wollen Naturwald schaffen, und das werden wir auch hinbekommen. Kolleginnen und Kollegen, ich habe von einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gesprochen. Das Thema Flächensparen ist im Koalitionsvertrag verankert. Wir wollen eine Änderung im Landesentwicklungsprogramm. Wir wollen nicht nur das Riedberger Horn schützen, sondern beim Flächenverbrauch das Ziel von 5 Hektar pro Tag erreichen. Wir setzen bei der Innenentwicklung Signale: Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. In der Umsetzung streben wir eine Entsiegelungsprämie an.

Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Naturoffensive ist die Errichtung von Artenschutzzentren geplant, aber nicht für wissenschaftliches Arbeiten. Die Artenschutzzentren sollen draußen wirken. Sie sollen so wirken, dass wir direkt in die Umsetzung gehen können. Wir brauchen keine wissenschaftlichen Abhandlungen mehr. Die 75 % Artenverlust haben wir bereits vor Augen. Wir müssen den Artenschutz endlich umset-

zen. Wir stärken unsere Naturparke. Der Artenschutz ist eine Generationenaufgabe und eine Daueraufgabe.

Heute wurde ein entscheidender Aspekt, nämlich der Klimaschutz, nur am Rande angesprochen. Wir sprechen immer nur vom Naturschutz, aber der Klimaschutz ist auch sehr wichtig. Außer Frage steht, dass die Energiewende durch erneuerbare Energien notwendig ist. Jedes Zehntel Grad Celsius, das wir verhindern können, ist für uns entscheidend. Wir müssen das versuchen. Deshalb setzen wir auf erneuerbare Energien. Wir wollen dem Klimaschutz Verfassungsrang geben. Wir planen ein Landesklimaschutzgesetz. Mit einer Landesagentur für Energie und Klimaschutz schaffen wir neue Anreize und Ideen. Bei diesem Thema müssen wir über alle Sektoren hinweg denken. Ich möchte John F. Kennedy zitieren: "Unsere Probleme sind von Menschen gemacht, dann können sie auch von Menschen gelöst werden." Als Umweltminister möchte ich, dass es am Ende dieser Legislaturperiode drei Gewinner gibt: Mensch, Tier und Natur.
– Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister für seine Rede. – Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.